



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 21-33
Fernschreiber 039 890

P/X/1111 - 14.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur bevorstehenden Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages	S. 1
Lettischer Appell an die Internationale	S. 2
Pankows Selbstbetrug	S. 3
Zweierlei Maß beim Landpachtgesetz	S. 5

Was Österreich uns lehrt

sp - Zehn Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges tritt die Republik Österreich als ein freier und unabhängiger Staat in die Gemeinschaft der Völker ein, frei von dem Druck und den Lasten einer zehnjährigen Besatzung. Nicht nur durch Österreich geht ein befreiendes Atempol an seinem Jubel und an seiner Freude über die nach schwerer Zeit wiedergewonnene Freiheit nimmt die ganze Welt Anteil und im besonderen Maße das deutsche Volk. Es sieht in der Unterzeichnung des Staatsvertrages ein verheißungsvolles Zeichen dafür, dass es wohl möglich ist dort, wo sich Einsicht, Weisheit, Geduld und guter Wille treffen, die verwickeltsten und anscheinend unlösbarsten Probleme zu entwirren und zu lösen.

Die Welt erlebt nach langen Jahren der Furcht und gegenseitiger Verhärtung das erregende Schauspiel des friedlichen Aufgebens von Positionen, die den nunmehr verfeindeten Siegern des zweiten Weltkrieges nach dem Ende des Dritten Reiches in Mitteleuropa zugefallen waren. Die Russen saßen im Osten und die Westmächte im Westen Österreichs und die Mauer des Mißtrauens zwischen den beiden Mächten schien mit der Zeit höher zu sein als die größten Gipfel der Alpen. Zwar funktionierte der alliierte Kontrollrat zum Unterschied zu Deutschland, wo er auseinanderbrach, mehr schlecht als recht, aber der Wille, sich nicht zu einigen, überschattete das Land und

hielt es ein Jahrzehnt in bedrückender Unfreiheit. Österreich, sein Volk und seine Regierung waren es, die mithalfen, den gordischen Knoten zu zerschneiden.

Für jede österreichische Regierung seit 1945 galt es als oberstes Gebot, alles zu unterlassen, was eine Einigung der vier Besatzungsmächte erschwerte, und alles zu tun, was sie erleichterte. Es war eine harte Geduldsprobe, die dann doch ihre Früchte trug.

Zu den entscheidenden Faktoren zählten: die Entschlossenheit des österreichischen Volkes und seiner Regierung, sich nicht zum Spielball der beiden Mächteblocks entwürdigen zu lassen, ohne dabei der Lebensordnung des Westens untreu zu werden; die von keiner der beiden staatstragenden Parteien bestrittene Einsicht, dass nur durch eine auf Ausgleich bedachte Politik die Zustimmung der Besatzungsmächte zum Staatsvertrag zu erreichen wäre, und der Wille, sich keinen der bestehenden Mächteblocks militärisch anzuschließen. Diese Grundelemente der österreichischen Politik hielten den Weg für einen Kompromiß frei, der die gegenseitige Verkrampfung löste und den festgefahrener Karren der Großmächte wieder flott machte.

Das ist ein großer Sieg der geschmeidigen* Diplomatie, der auch nicht dadurch an Glanz verliert, weil er erst durch das Einschwenken der Sowjetunion ermöglicht wurde. Wo bleibt, muß sich jeder Deutsche in dieser Stunde fragen, eine gleiche Entschlossenheit und ein gleicher Mut auf deutscher Seite? Die Bundesregierung hat sich, anders als die Regierung in Wien, für die einseitige militärische Bindung eines Teiles Deutschlands an den Westen entschieden. Die Folgen werden nicht ausbleiben. Drohend zeichnet sich, am Vorabend großer Entscheidungen, ein Übereinkommen der Weltmächte auf der Grundlage der deutschen Teilung ab. Bonn hat in dieser Stunde nichts Wichtigeres zu verkünden, als die baldige Einbringung der Wehrgesetze vor den Bundestag. Während in Österreich nach langer Nacht die Sonne der Unabhängigkeit aufgeht, senkt sich auch durch deutsche Mitschuld über Deutschland der Schatten einer zeitlich unbegrenzten Spaltung, verhärtet durch zwei fremden Willen unterstellte deutsche Armeen ohne gemeinsames Vaterland.* österreichischen

Der Leidensweg lettischer Sozialdemokraten

B.K., Stockholm, Mitte Mai

Die baltischen Sozialisten hatten in der mehr als zehn Jahre langen sowjetischen Okkupation schon mehrmals unter Repressalien der MVD gelitten. Nunmehr sind Nachrichten aus Riga in Schweden eingetroffen, die bestätigen, dass auch die letzten noch auf freiem Fuß gewesenen Parteifunktionäre verhaftet und nach Sibirien verschickt worden sind.

Unter ihnen befindet sich der ehemalige Parteivorsitzende der lettischen Sozialdemokratie Dr. jur. Fritz Menders, ein bekannter Rechtsanwalt und gleichzeitig auch Obmann der sozialdemokratischen Fraktion des letzten frei gewählten lettischen Parlaments zur Zeit der Unabhängigkeit. Menders repräsentierte die Lettische Sozialdemokratie vor dem Kriege im Exekutiv-Komitee der Sozialistischen Internationale. Er hatte in Wien und Bern studiert und war während des ersten Weltkrieges ständiger Mitarbeiter der "Berliner Tagwacht". 1931 vertrat er die lettische Partei auf dem Kongress der Internationale in Wien.

Neben Menders ist auch K. Lorentz, lange Jahre Mitglied des Parteivorstandes, Abgeordneter des Parlaments und Vorsitzender des Verbandes der Genossenschaften im freien Lettland, deportiert worden. Sowohl Menders als auch Lorentz haben sich an der ersten Revolution 1905 aktiv beteiligt. Schon 1906 wurden sie von der zaristischen Administration nach Sibirien verbannt; jetzt müssen sie, im Alter von 70 Jahren, zum zweiten Mal diesen Leidensweg ihrer sozialistischen Gesinnung wegen antreten. Zu den Deportierten gehören noch die früheren Abgeordneten K. Bumeisters, R. Ivanovs, H. Kaupins, R. Rudzis und der Chefredakteur des Zentralorgans der lettischen Sozialdemokratie in Riga "Socialdemokrats", K. Eliass. Für Eliass ist es die zweite Deportation.

Die Deportation der lettischen Sozialistenführer ist ohne jede juristische Motivierung geschehen. Die MVD hat sie einzig und allein

wegen ihrer sozialdemokratischen Tätigkeit zur Zeit der lettischen Unabhängigkeit deportiert. Diesen Willkürakt der sowjetischen Geheimpolizei erfolgte, um die Führer der demokratischen Arbeiterbewegung im unterjochten Lettland zu vernichten. Die lettische Sozialdemokratie im Exil hat über diese Vergewaltigung der menschlichen Rechte die sozialistische Internationale in London unterrichtet. Die Internationale hat daraufhin an die sowjetlettische Regierung in Riga ein Protestschreiben gerichtet. Die tapferen, alten Freiheitskämpfer des kleinen Lettland sollen nicht in Stille vernichtet werden. Die Arbeiterschaft der freien Länder muß gegen dieses Unrecht protestieren und ihre Befreiung fordern!

* * *

Grotewohls Erzählungen

OB. Die Warschauer Konferenz der Ostblockstaaten, auf der als Gegenstück zur NATO ein gemeinsames Oberkommando der kommunistischen Staaten gebildet wurde, hat bei der Sowjetzonenbevölkerung tiefe Unruhe ausgelöst. Man sieht in den Warschauer Bemühungen eine Versteifung der sowjetischen Haltung und befürchtet die Erstarrung im Status quo von Bonn und Pankow und damit eine Verhinderung der von den Menschen der Sowjetzone ersehnten Einheit Deutschlands in Freiheit.

Von der Entwicklung in der Stimmung der Zonenbevölkerung scheint indes Grotewohl, der Führer der DDR-Delegation, in Warschau noch nichts mitbekommen zu haben, denn er bemühte sich dort, den starken Mann zu markieren. In seiner Rede vor den Führern der Ostblockstaaten entwickelte er ein Bild der Lage Deutschlands, wie es zwar sehr wohl den Wunschträumen der Pankower Machthaber entspricht, das aber mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. Grotewohls Lagebericht ist eine Karrikatur aller Realitäten, Er gehört eher zur Kategorie der Volksmärchen, als in das Gebiet ernsthafter politischer Analysen.

Das Verhältnis der beiden deutschen Teilstaaten zum Beispiel charakterisierte er so, dass sich die Sowjetzone "große Werte geschaffen habe", die die "westdeutschen Monopolherren nicht ruhig schlafen" ließen. (Wörtliche Zitate!) Aus diesem Grunde seien die "Junker und

14.5.1955

Kapitalisten" entschlossen, "den Werktätigen der DDR diese Reichtümer zu rauben".

Nach diesem dialektischen Trickversuch ging er dazu über, die "Verteidigungsbereitschaft" der Sowjetzone zu loben. Die Bevölkerung stünde hinter ihm, versicherte er, denn es hätten bei einer Volksbefragung im Juni 1954 "12.230.000 Bürger der DDR" für die SED-Politik gestimmt. Grotewohl bot nicht nur die Bevölkerung und das Potential der Sowjetzone großzügig zur Integration in den Ostblock an, er lieferte auch die Bevölkerung Westdeutschlands gleich gratis mit. Die Zonenrepublik habe in Westdeutschland großen Einfluß gewonnen, "ein Umschwung sei eingetreten". Um seinen dummdreisten Märchenerzählungen die Krone aufzusetzen, offerierte er gleich noch die Paulskirchenbewegung und die sozialdemokratische Opposition gegen die Politik Adenauers als Teil seiner Stärke.

Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Sowjets und die Warschauer Konferenz der Ostblockstaaten von diesem wirren Wunschbild eines bankrotten Politikers würden irreführen lassen. Schon einmal - am 17. Juni 1953 - hat der Kreml erleben müssen, wie wenig die Lageberichte Pankows der Wahrheit entsprechen. Gerade in diesen Tagen ist der Widerstand der Zonenbevölkerung gegen die SED wieder so angewachsen, dass alle Berichterstatte von einer Krisenstimmung sprechen, wie es sie nur vor dem Juniaufstand gegeben hat. Was sie Märchen von einer sogenannten "Aktionseinheit" mit der Sozialdemokratie und anderen Kräften in Westdeutschland betrifft, so hat das ZK nach Scheitern seiner Bemühungen gerade jetzt wieder seine Taktik ändern müssen und mit einer Diffamierungskampagne begonnen, was Grotewohl in Warschau einfach ignorierte, indem er an der alten Sprachregelung des Selbstbetruges festhielt.

*

*

*

Abgelehnter Pachtschutz trifft die Kleinen

s. Bei der Beratung von SPD-Abänderungsanträgen zum Landpachtgesetz hat man im Bundestag einige neue Anmerkungen über die Tätigkeit der (CDU-) Bauernverbandsvertreter in den Ausschüssen dieses Parlaments gehört. So haben es die Vertreter dieses Verbandes neuerdings durch ihre dominierende Stellung im Ernährungsausschuss verhindert, dass sich dieser Ausschuss in Ruhe Unterlagen zu den Abänderungsanträgen der SPD sammeln konnte. Der SPD-Abg. Schmidt-Gellersen behauptete, dass das Landpachtgesetz aus dem Jahre 1952 "katastrophale Auswirkungen" gehabt habe: Allein in einem einzigen niedersächsischen Landkreis seien aufgrund des durch dieses Gesetz eingeschränkten Kündigungsschutzes 160 Existenzen vernichtet worden. Das Gesetz habe sich einseitig zu Ungunsten der Pächter, meist kleiner Landwirte, ausgewirkt. Der Ausschuss des Bundestages hätte natürlich diese und andere Zahlen nachprüfen müssen, ehe er die SPD-Anträge, den Kündigungsschutz zu verbessern, ablehnen konnte.

Indessen, Vorsitzender des Ernährungsausschusses ist einer der drei geschäftsführenden Präsidenten des Bauernverbandes, der CDU-Abg. Bauknecht. Er hat, wie Schmidt berichtete, große Eile gehabt, über die Anträge der SPD zur Tagesordnung überzugehen. Natürlich waren die Bauernverbandsvertreter expört, als Schmidt ihnen auf den Kopf zusagte, dass es ihnen offenbar überflüssig erscheine, sich mit den Problemen ihrer "kleinen" Mitglieder zu beschäftigen. Sie, die Verbandmanager, kämpften seit Jahr und Tag nur für die "großen Landbesitzer", denn tatsächlich sind die Pächter immer die kleinen Leute, die Verpächter aber die Landwirte mit größerem Landbesitz. Deshalb schweigen sich diese Manager des Verbandes ja auch über das Gutachten ihres eigenen Pächterausschusses aus. Nur die SPD-Vorschläge für vernünftig hält.

Wie berechtigt dieser Vorwurf, der Bauernverband übergehe die Interessen seiner ärmeren Mitglieder, war, illustrierte der FDP-Abg. Dannemann. Ihm wurde nämlich vorgehalten, er habe in der Zeit, als er Kammerpräsident in Oldenburg gewesen sei, ebenso einseitig amtiert. Sogleich stieg Dannemann auf die Tribüne (verwechselt, was allseitiges Schmunzeln hervorrief, zweimal hintereinander Ernährungsausschuss und "Reichsnährstand") und erklärte, die "Kleinen" hätten in seinem Amtsbezirk nur 15 Prozent ausgemacht und infolgedessen habe er sich den Anliegen der Mehrheit eben sehr viel ausführlicher gewidmet. Was zu beweisen war.

Der SPD-Abg. Schmidt berichtete, dass sogar Ernährungsminister Lücke nahegelegt habe, noch einmal Unterlagen zusammenzutragen, dass Bauknecht aber eine weitere Frist für die Behandlung des SPD-Antrages im Ausschuss nicht mehr einzuräumen bereit war. So wurde denn im Bundestag abgelehnt, einen Pachtschutz auch in den vom Gesetz nicht ausdrücklich bezeichneten dringlichen Fällen zuzulassen und die im Augenblick gültigen Übergangsregelungen, die 1957 ablaufen, um zwei Jahre zu verlängern.

Diesen Beschluß, der Tausende kleiner Landpächter um ihre Existenz bringen wird, verdankt man dem Einfluss der Bauernverbandsvertreter. * * *

Verantwortlich: Peter Rainau